

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 361

6. Juni 2006

12. Jahrgang

## Legal oder illegal: Waffen sind zum Töten da

In Antigua Guatemala wurde Anfang Mai eine regionale UNO-Konferenz zum Thema „Fortschritte im Programm zur Bekämpfung des illegalen Kleinwaffenhandels“ durchgeführt. Dies als Vorbereitung für die vom 26. Juni bis 7. Juli in New York stattfindende erste Überprüfungs-konferenz über das UN-Aktionsprogramm zum illegalen Handel mit Kleinwaffen. Im Fall von Guatemala sehen ExpertInnen einen direkten Zusammenhang zwischen den problemlos legal und illegal zu erwerbenden Waffen und der zunehmenden Gewalt und Delinquenz. Im Jahr 2005 verloren 5338 Personen gewaltsam ihr Leben, 80% davon durch Feuerwaffen.

Derweil ist im Kongress ein Gesetzesentwurf für eine Verschärfung des Waffen- und Munitionsgesetz nach erbitterten Diskussionen im letzten Sommer in einer der unteren Schubladen verschwunden.

### Legal

Guatemala ist das einzige zentralamerikanische Land, das seinen BürgerInnen per Verfassung das Recht zugesteht, eine Waffe zu tragen. Eine Lizenz dafür zu bekommen sei bezüglich des finanziellen und administrativen Aufwands einfacher als das Prozedere, um zu einem Führerschein zu kommen, gibt selbst Innenminister Carlos Vielmann zu. Wer mindestens 25 Jahre alt ist, 230 Quetzales (ca. 30 US-\$) auf den Tisch legen kann und zwei Stunden Zeit hat, bekommt seinen oder ihren Waffenschein und ist zum Besitz von drei Waffen berechtigt (dies gilt für Privatpersonen, im Falle von privaten Sicherheitsfirmen gibt es keine diesbezüglichen Waffenlimite). Gemäss Daten des *Departements zur Kontrolle von Waffen und Munition* (DECAM), das dem Militär unterstellt ist, gibt es etwa 600'000 ausgestellte Waffenlizenzen, rund die Hälfte davon wurde im Jahr 2005 beantragt.

Während dem Krieg waren es die Supermächte USA und die damalige Sowjetunion sowie Argentinien, Kuba und Israel, die hauptsächlich die beiden Kriegsparteien belieferten. Wer wen versorgte war dabei nicht so wichtig, so erhielt zum Beispiel die Guerilla M-16 Gewehre von Kuba, welche aus Vietnam stammten, wo sie den US-amerikanischen Soldaten abgenommen worden waren. Hauptlieferanten für Waffen nach Guatemala sind heute die Tschechische Republik sowie nach wie vor die USA und Israel.

Guatemala ist auch das einzige Land Zentralamerikas, das eine eigene Waffenindustrie hat. Als die damalige US-Regierung unter Präsident Jimmy Carter wegen Menschenrechtsverletzungen die Waffenlieferungen an die guatemaltekische Armee einstellte, sprang Israel ein und unterstützte u.a. auch den Aufbau der Munitionsfabrik des armee-eigenen Unternehmens *Industrias Militares de Guatemala* (IMG), wo unter Lizenz auch israelische Galil-Sturmgewehre zusammengesetzt wurden. Heute geht man davon aus, dass IMG nur noch Munition für die guatemaltekische Armee und andere Regierungsinstitutionen produziert.

In Guatemala gibt es 78 autorisierte Waffenhändler, 13 Schiessplätze und 14 Firmen, die Waffen reparieren und umbauen. Im Jahr 2000 registrierten die guatemaltekischen Steuerbehörden die Einfuhr von ca. 31'000 Faustfeuerwaffen, wo-

bei das beliebteste Modell die Browning 9mm war. Gemäss dem Präsidenten der *Nationalen Vereinigung der Feuerwaffen- und Munitionsimporteure* waren in den letzten Jahren diese Modelle fast immer ausverkauft.

Während seine traditionellen Kunden früher Jäger gewesen waren, seien es heute vor allem Familienväter und -mütter, die sich zum Selbstschutz bewaffnen wollen. Diese Aussage stimmt mit den Zahlen der US-amerikanischen Ausfuhrbehörden überein, gemäss denen zwischen 1994 und 1999 mehr als 20'000 Sport- und Jagdgewehre nach Guatemala verkauft wurden. Niemand glaubt, dass es in dem Land derart viele Jäger- und SportlerInnen gibt, sondern man geht davon aus, dass es in erster Linie private Sicherheitsunternehmen sind, die solche Waffen kaufen oder eben Einzelpersonen, die sich zur Selbstverteidigung bewaffnen.

Gemäss Angaben der Tageszeitung *Prensa Libre* werden täglich legal Waffen im Wert von 14'500 US-\$ gehandelt. Doch auch die "Nebenkosten" dieses Geschäfts sind horrend: Im Krankenhaus San Juan de Dios in der Hauptstadt wurde im Jahr 2005 eine 33%-ige Zunahme von Schussverletzungen verzeichnet. Schussverletzungen müssten als Notfälle behandelt werden, was dazu führe, dass "normale" Operationen oft zweitrangig behandelt würden, erklärte ein Arzt des San Juan de Dios. Die Kosten, die dem Spital für die Behandlung von Gewalt-Opfern anfallen, entsprechen etwa den Kosten von 2'000 Geburten.

### Illegal

Nebst rund 250'000 legal zirkulierenden Waffen geht man von einer Dunkelziffer von 1,5 Mio. illegaler Waffen aus, die auf dem Schwarzmarkt gehandelt werden. Zum einen wird der Schwarzhandel erleichtert durch die durchlässigen Grenzen, die ebenfalls illegalen Landepisten, die vor allem für den Drogenschmuggel gebraucht werden und schliesslich die wegen zu niedriger Löhne hohe Korruptionsanfälligkeit staatlicher Angestellten. Zum andern „verschwinden“ im grossen Stil legal erworbene Waffen, die dann irgendwo auf dem Schwarzmarkt wieder auftauchen.

So wurden beispielsweise im Jahr 1999 139 Beretta 9mm-Pistolen aus den Beständen der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) gestohlen. Auf dem Schwarzmarkt kostet eine solche Waffe rund 600 US-\$, während ein Gewehr AK-47, bevorzugt bei bewaffneten Banküberfällen, für rund 130 US-\$ zu haben ist. Was den Handel mit illegaler Munition betrifft, wird auch die IMG als mögliche Quelle von Schwarzmarktmunition genannt. Bei elf Bank- oder Geldtransportüberfällen wurden insgesamt Hunderte von Patronen mit der Aufschrift IMG gefunden. Während im Jahr 2000 zwei Armeeoffiziere wegen Munitionsdiebstahls aus dem militärischen Waffenlager verurteilt wurden, behauptet ein Militärsprecher, die bei Überfällen des organisierten Verbrechens verwendete IMG-Munition stamme aus „verlorenen“ Beständen aus der Kriegszeit und nicht aus neuerer Produktion.

Das Friedensabkommen über die „Stärkung der Zivilgesellschaft und die Rolle der Armee in einer demokratischen Gesellschaft“ empfiehlt, die Kontrolle über den Besitz von Waffen und Munition vom Verteidigungsministerium (heute: DECAM) ins Innenministerium (geplant: DIGECAM) zu verlagern. Dieser Vorschlag war Teil eines Volksreferendums im Jahr 1999, bei dem die Bevölkerung über ein Paket von 50 Vorlagen abstimmen musste, mit denen notwendige gesetzliche Änderungen zur Umsetzung der Friedensabkommen eingeleitet werden wären. Doch das Referendum wur-

de abgelehnt, was seither auch die Verabschiedung eines schärferen Waffengesetzes erschwerte. Wobei man aber auch bedenken muss, dass dem Innenministerium Abteilungen angehören wie die Migrationsbehörde, das Verkehrsdepartement und die Polizei, die alle für ihre korrupten Machenschaften bekannt sind. Entsprechend stellt sich ein Kolumnist von der Tageszeitung *el Periódico* am 27. Mai zu Recht die Frage, was tatsächlich gewonnen wäre, wenn die Kontrolle über Waffen vom Verteidigungs- ins Innenministerium wechseln würde.

Im letzten Sommer hätte der guatemalteckische Kongress ein neues Waffen- und Munitionsgesetz verabschieden sollen. Nach langen und kontroversen Diskussionen verschwand der Vorschlag bis auf weiteres wieder in der Versenkung. Was vielleicht auch besser ist, wäre doch mit dem neuen Gesetz der Zugang zu Waffen und Munition noch einfacher geworden! Begründung: Wer zu delinquenten Zwecken in den Besitz einer Waffe kommen wolle, könne das sowieso, und man würde ihnen den Job noch erleichtern, wenn ihre Opfer unbewaffnet seien. Mit einer Verschärfung des Waffengesetzes würden die ehrlichen Bürgerinnen und Bürger bestraft, die sich zum Selbstschutz bewaffnen wollen. Soweit die parlamentarische Logik in einem Land, wo die staatlichen Sicherheitskräfte nicht in der Lage sind, der Bevölkerung ein Minimum an Sicherheit zu garantieren und im Gegenteil in vielen Fällen selber in Überfälle und Morde verwickelt sind.

Der Bericht „Kleinwaffen in Zentralamerika“ (2002) von William Godnick kommt zu folgenden Schlüssen:

- Der zunehmende (illegale) Waffenhandel in Zentralamerika ist eine Antwort auf die staatlicherseits nicht kontrollierbare Gewalt und gleichzeitig Teil dieses Teufelskreises. Abertausende von neuen Waffen kommen jährlich auf den Markt, andere kommen immer wieder auf den Occasionsmarkt. Im Rahmen des von den USA angeführten Krieges gegen den Terrorismus und gegen den Drogenhandel werden in nächster Zeit auch die regionalen Armeen und Polizeien zusätzlich aufgerüstet.

- Kriminelle Jugendbanden sind zweifellos in den Waffenhandel und –gebrauch verwickelt. Aber auch die den Privatpersonen gestohlenen Waffen und die Inventare staatlicher Institutionen nähren den Schwarzmarkt. Ohne bessere Kontrolle der legal kursierenden Waffen und einer Sensibilisierung der Gesellschaft und vor allem der Menschen, die im Besitz einer Waffe sind, wird es unmöglich sein, zwischen legalen und illegalen Waffen zu unterscheiden.

- Die Anzahl durch Feuerwaffen begangener Morde ist in Zentralamerika sehr hoch. Nicht zu sprechen von den Raubüberfällen, Einschüchterungen und Vergewaltigungen, die unter Zuhilfenahme von Waffen ausgeübt werden. Um das tatsächliche Ausmass dieser Verbrechen zu erfassen, müssen neben den Toten auch die Daten über Verletzungen durch Schutzwaffen der Krankenhäuser, des Roten Kreuzes und der Feuerwehr einbezogen werden.

- Der illegale Waffenhandel und –besitz respektiert keine nationalen Grenzen. Deshalb müssen auch die Lösungen für dieses Problem grenzüberschreitend sein, müssen regional bzw. international sein.

## ¡Fijáte!

Herausgegeben von:  
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:  
Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treecik

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

[www.guatemala.de/Fijate/index.html](http://www.guatemala.de/Fijate/index.html)

### Beim Recherchieren gefunden:

8. März 2006, Staatsanwaltschaft Ulm:

Deutsche Firma lieferte wohl illegal Waffen an Guatemala

Der Verdacht erhärtet sich: Die Ulmer Waffen-Firma Walther hat wohl über die Schweiz und Tschechien illegal Waffen an Guatemala geliefert. Es ist von mehr als 200 Pistolen des Typs P99 die Rede.

Unklar ist, ob es zu weiteren illegalen Waffenlieferungen kam. Zwischenzeitlich hat der Export-Chef von Walther jedenfalls seinen Job an den Nagel gehängt. Gegen ihn und zwei weitere Mitarbeiter wird seit rund einem Jahr ermittelt.

Aufgedeckt hatte den mutmasslichen Waffenschmuggel das Nachrichtenmagazin „Focus“, das sich auf den ehemaligen Generalvertreter von Walther in Guatemala berief. Kurz darauf erhielt die Staatsanwaltschaft anonym Beweisunterlagen zugeschickt.

(Was in der Quelle leider nicht drin steht: Die Waffen hat die Regierung von Guatemala im Jahr 2003 unter der damaligen Regierung für die Polizei bestellt. Wohlwissentlich, dass die BRD bereits in den 80er Jahren wegen Menschenrechtsverletzungen ein Waffenembargo gegen das Land verhängte. Bis heute schweigt die Presse in Guatemala über den Skandal. Zwar hat die wichtigste Tageszeitung des Landes tagelang recherchiert, aber auf Druck von „oben“ durfte die Reportage nie erscheinen.)

<http://shortnews.stern.de/shownews.cfm?id=613593&CFID=11235643&CFTOKEN=39559241>

## Ein trauriges Kapitel der guatemaltekischen Geschichte ist geschlossen: Romeo Lucas García gestorben

**Guatemala, 1. Juni.** In Venezuela ist am 27. Mai der ehemalige General Fernando Romeo Lucas García im Alter von 82 Jahren gestorben. Er kam 1978 an die Macht, die er bis 1982 innehatte, vier Jahre, während denen in Guatemala 507 von den staatlichen Sicherheitskräften (Armee und Zivilpatrouillen) ausgeführte Massaker verübt wurden, bei denen insgesamt etwa 132'000 Menschen umkamen. Im REMHI-Bericht der katholischen Kirche heisst es über die Regierungszeit von Lucas García: „(Er) kam durch nachweislich betrügerische Wahlen an die Macht, bei denen lediglich 15% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten. (...) Die Amtszeit von General Lucas war von den damaligen dynamischen Entwicklungen extremer Gewalt und sich zuspitzender politischer Widersprüche geprägt: 1979 wurden 1'371 politische Morde und Entführungen registriert; 1980 waren es bereits 2'264 und 1981 sogar 3'426 Fälle. Es war wie der Ausbruch einer Folge von politischen Perversionen, die in den vorangegangenen Phasen gereift waren. In der Erinnerung des guatemaltekischen Volkes sind diese Jahre unter dem Stichwort „die Lucas-Zeit“ noch immer als eine der schwärzesten Epochen seiner Geschichte präsent. In tragischer Abfolge geriet das Land immer tiefer in eine Spirale der Gewalt, die für das darauf folgende Jahrzehnt kennzeichnend werden sollte.“

In Lucas Garcías' Regierungszeit fielen unter anderem der Bau des Staudammes von Chixoy und das entsprechende Massaker von Río Negro, ebenso wie der Brand der Spanischen Botschaft. 1982 wurde er vom Militär – unter Teilnahme vom damaligen General Efraín Ríos Montt – aus dem Amt gedrückt.

Mit seinem Tod „schlich“ sich Lucas García aus diversen Justizfällen. Einer der bekanntesten ist wohl die Klage wegen Genozids, eingereicht von 22 Gemeinden bei der guatemaltekischen Justiz. Der Fall steckt in den Schubladen der zuständigen Gerichte fest. Die andere Klage reichte Rigoberta Menchú vor dem Obersten Gericht Spaniens ein und in dieser Sache werden im Laufe dieses Monats spanische RichterInnen zu ersten Beweisaufnahmen und Zeugenvernehmungen nach Guatemala reisen. Auch hier lautet die Anklage auf Genozid und zudem auf Mord an einigen spanischen Priestern und auf Verschwinden unter anderem einer spanischen Journalistin.

Der Tod von Lucas García löste in Guatemala verschiedenste Gefühle aus, unter anderem auch eine gewisse Frustration bei Menschenrechtsorganisationen, die während Jahren daran gearbeitet haben, ihn vor Gericht und zur Rechenschaft zu ziehen. In einer Presseerklärung des Menschenrechtszentrums CALDH, das die 22 Gemeinden juristisch begleitet, heisst es, man wolle die Prozesse weiterführen und die entsprechenden Verantwortlichen des damaligen *Präsidentialen Generalstabs* (EMP) sowie weitere Kollaborateure zur Rechenschaft ziehen. Der guatemaltekischen Justiz wirft CALDH Langsamkeit vor, die es möglich macht, dass die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen unbestraft sterben können.

Auch Rigoberta Menchú gibt nicht auf, sondern führt ihre Klage vor der spanischen Justiz gegen die verbleibenden sieben Angeklagten weiter (Efraín Ríos Montt, Óscar Mejía Víctores, Germán Chupina Barahona, Donaldo Álvarez Ruiz, Angel Guevara Rodríguez, Pedro García Arredondo sowie gegen den Bruder des verstorbenen Lucas García, Benedicto). Sie hofft, dass ein Urteil noch vor dem Tod der Angeklagten stattfinden kann, sind diese doch unterdessen alle auch über 60 Jahre alt.

Einem Einspruch von Ríos Montt, der nicht vor den spanischen Richtern aussagen und vor allem sein Hemd als erneuter Präsidentschaftskandidat nicht „unnötig“ beschmutzen wollte, wurde nicht stattgegeben. So wird auch er am 28. Juni nicht nur über die konkreten Fälle, derer er beschuldigt ist, sondern generell über die während der Auf-

standsbekämpfung angewandten Strategien aussagen müssen. Ob er es dann auch tut, ist eine andere Frage, seine Kommentare über den abgelehnten Rekurs waren allesamt zynischer Art.

Ebenfalls zu einer Aussage vorgeladen ist der flüchtige ehemalige Innenminister von Lucas García, Donaldo Álvarez Ruiz. Gegen ihn ist seit Dezember 2004 von Spanien ein internationaler Haftbefehl verhängt. Just in diesen Tagen ging das Gerücht, in die Welt gesetzt vom US-amerikanischen Büro der spanischen Nachrichtenagentur EFE, aber ohne nähere Details, herum, Álvarez Ruiz sei am 31. Mai von Interpol in den USA verhaftet worden. Der Geschäftsleiter der Rigoberta Menchú-Stiftung erklärte daraufhin, Álvarez Ruiz werde seine Aussage in Spanien machen müssen, da der internationale Haftbefehl und das Auslieferungsgesuch von den Spanischen Gerichten eingeleitet wurde und er dorthin überführt werden wird. In Guatemala gebe es keinen Haftbefehl gegen ihn. Seitens der spanischen Justiz hiess es indes bloss, man hätte von Interpol die Meldung erhalten, dass eine Person dieses Namens und mit dem entsprechenden Geburtsdatum festgenommen worden sei, es sich aber wohl nicht um den gesuchten Guatemalteken handelt. Eine E-Mail von Interpol an die guatemaltekische Zivilpolizei und eine Aussage des Sprechers der US-amerikanischen Botschaft liessen schliesslich die Seifenblase platzen, demnach fehlt vom ehemaligen Innenminister, der sich im Laufe der Jahre über Mexiko und Panama in die USA flüchtete, weiterhin jede Spur.

## Anormale Haushaltsverwaltung verbreitet

**Guatemala, 31. Mai.** Gemäss des Berichts über die Haushaltsausgaben 2005, in diesen Tagen von der Nationalen Rechnungsstelle veröffentlicht, finden sich im Innenressort 14 Vorgänge, die nicht dem Gesetz entsprechen, wegen eines dieser Fälle wird dem verantwortlichen Minister Carlos Vielmann eine Strafe von 20'000 Quetzales auferlegt. Zu den unsauberen Aktionen im Bereich des Inneren gehören unter anderem der Gebrauch von Steuerformularen, die nicht detailliert registriert wurden, die Verwendung von Gutscheinen aus der Kaffeekasse ohne Genehmigung, der unnötige Kauf von gewerblichem Papier und Karton, unangebrachte Zahlungen von Telefondienstleistungen und Nicht-

Erfüllen des Einstellungsgesetzes.

Dem Innenministerium folgt das Bildungsressort mit 12 trüben Amtsabläufen – fehlende Buchführung, nicht dokumentierte Spenden, Werbeverträge ohne Ausschreibung, falsche Anwendung von Etatregelungen und nicht übereinstimmender Saldo von Einträgen und Vorhandensein von Inventar.

Das Finanzministerium imponiert mit zwölf, das Infrastrukturministerium mit elf, das Gesundheitsministerium mit neun und das Gesundheitsministerium schliesslich mit vier ungeklärten Angelegenheiten, was ihre Ausgaben und Verwaltung angeht. Und dabei hatten alle schon die Chance, die Funde der Rechnungsprüfung zu säubern.

## Das Gesetz wird nicht das letzte TLC-Seifenoperkapitel sein

**Guatemala, 03. Juni.** Schien das Schicksal Guatemalas mit der Verabschiedung des Implementierungsgesetzes des *Freihandelsvertrags der USA, Dominikanischen Republik und Zentralamerika* (TLC bzw. DR-CAFTA) am 18. Mai schon besiegelt, wurde schon zwei Stunden nach Sitzungsende dem entsprechenden Sektempfang ein abruptes Ende gesetzt. Das Büro des Handelsvertreters der USA in Guatemala übermittelte die Nachricht seiner Regierung, dass das neue Gesetz – das mittlerweile in der Regierungsgazette veröffentlicht wurde – nicht ausreicht und Guatemala noch einige Hausaufgaben zu erledigen habe, um auf dem Freihandelspielfeld mitrennen zu dürfen. Genauer handelt es sich dabei um die Ratifizierung von drei internationalen Konventionen zum Thema Geistiges Eigentum: dem Vertrag von Budapest über Mikroorganismen, dem Vertrag von Washington zur Kooperation in Sachen Patente und einem ominösen Abkommen namens "Union für den Schutz für die Stoffgewinnung aus Pflanzen" (u.a. für Medikamente) - UPOV - .

Dabei hatte sich der Kongress am Ende doch noch extra schwer getan mit dem Handelsvertragsmonstrum, das nicht nur die nationale Gesetzgebung empfindlich tangiert. Nach Bekanntwerden von eingeschleusten Artikeln, die nun wirklich nichts mit dem Warenaustausch zu tun haben, einigte man sich schliesslich auf die Eliminierung dersel-

ben und der Überprüfung weiterer Zweifelsfälle. (¡Fijáte! 359) Zumindest die *Republikanische Front Guatemala* (FRG) setzte durch, dass zwei Absätze, die nationalen Unternehmen vor ausländischen Vorrang in öffentlichen Ausschreibungen gewährten, gestrichen wurden. Gleichzeitig ist das von den USA geforderte Reformkapitel der Telekommunikation noch nicht in trockenen Tüchern.

Derweil scheint weniger Kopfzerbrechen zu bereiten, dass die selbst von einigen Parteien zur Bedingung für die Ja-Stimme geforderten Kompensationsregelungen in ihrer Mehrheit ebenfalls noch fällig sind, nicht zu reden von denen, die zwar gebilligt, aber lange noch nicht durch die entsprechende Haushaltszuweisung und Verantwortungszuschreibung garantiert sind. Geplant sind unter anderem ein Rahmengesetz zur ländlichen Entwicklung, Anreize für die Diversifikation der Landwirtschaft, Katasterregistrierung und –information (gebilligt), das System der Ernährungs- und Nahrungssicherheit (gebilligt), Finanzielle Vermittlung, die nicht über Banken läuft, die Institutionalisierung des Steuerpakts, das Rahmengesetz der Friedensverträge (gebilligt), Schutz für mittlere und kleine LandwirtInnen und UnternehmerInnen, eine Intergrale Reform des Arbeitsgesetzes sowie die Pensionszahlung an SeniorInnen (gebilligt).

Während sich der UnternehmerIn-

nenverband CACIF bereits im Vorfeld beschwerte, dass durch die Verzögerung der TLC-Gesetzesverabschiedung schon rund 100 Investoren verloren gegangen seien, stellt Marielos Monzón in ihrer Kolumne in der Tageszeitung *Prensa Libre* andere Beobachtungen auf: "Inmitten der ganzen Sache stellen sich einige Fragen: Wer zertifiziert die USA? Was muss alles noch modifiziert, gebilligt oder akzeptiert werden, damit wir würdig sind, um in die Welt des TLC eintreten zu dürfen? Was werden sie noch alles fordern, wenn diese internationalen Verträge einmal ratifiziert sind? (...) Wenn dies der Anfang ist, stellen Sie sich vor, was erst danach kommt! Dieser Prozess zeigt deutlich, dass der TLC wenig von einem Abkommen und nichts Freies an sich hat. Zudem zeigt es deutlich, dass die USA RichterIn und Partei in einem sind, während unsere FunktionärInnen und Abgeordneten, die ihr Gehalt aus der Staatskasse beziehen, fremden Anordnungen gehorchen und andere Interessen schützen als es die der grossen Mehrheit des Landes sind.

Im Moment müssen wir auf ein neues Kapitel der kommerziellen Seifenoper warten, denn sicher ist, dass das, was getan wird, immer noch nicht reicht und es noch eine Menge zu erledigen gibt."

Am 2. Juni billigte der Kongress mal eben die Ratifizierung der oben genannten Verträge von Washington und Budapest.

## Wiederholter Einbruch beim *Sector de Mujeres*

**Guatemala, 05. Juni.** Zum zweiten Mal innerhalb von zehn Tagen wurde am vergangenen Wochenende in das Büro der Frauenorganisation *Sector de Mujeres* eingebrochen, mitten im historischen Zentrum der guatemalteken Hauptstadt. Während beim erste Einbruch zwei Mobiltelefone und ein Faxgerät mitgenommen, die Archive durchwühlt und Blutspuren vom Fenster durch das Büro hinterlassen wurden, wurden dieses Mal ein Aufnahmegerät und Geld als vermisst erklärt, erneut sind die Schränke und Schreibtische durchsucht worden.

„Es ist eindeutig, dass man uns mit diesen Aktionen einschüchtern will. Der *Sector de Mujeres* hat schliesslich eindeutig Position bezogen, sowohl hinsichtlich der Welle der Feminizide, dem Freihandelsvertrag mit den USA“, erklärt Martha Godínez, eine der Verantwortlichen der Organisation.

„Wir glauben, dass die Angriffe aus der Richtung kommen, in die wir mit un-

seren Annahmen weisen hinsichtlich der Verbindung der Merkmale der Morde an Frauen heute mit denen, die während des Krieges von paramilitärischen Verbänden begangen wurden,“ so die Sector-Aktivistin Sandra Morán. Und weiter: „Diesmal haben sie eine Glasscheibe mit Blut auf meinem Schreibtisch hinterlassen, aber die Scheibe war vorher nicht im Büro gewesen, deshalb glauben wir, dass das eine Botschaft sein soll.“

Der *Sector de Mujeres* vertritt die Theorie, dass eine Verbindung zwischen denen besteht, die die Verantwortlichen für die Gewalt gegen AktivistInnen und MilitantInnen der linken Bewegungen in den 80er Jahren waren, und denen, die heute die Gewalttaten begehen, bei denen ermordete Frauen gefunden werden, an Händen und Füßen gefesselt und mit Zeichen extremer Gewaltanwendung.

Zwischen 1960 und 1996 sind mehr als 40'000 Personen, darunter Studierende, GewerkschafterInnen und politische

AktivistInnen von Staatsagenten verschwunden oder aussergerichtlich hingerichtet worden

Allein im Jahr 2006 wurden bereits 235 Frauen im ganzen Land ermordet. Im vergangenen Jahr wurden offiziell 662 gewaltsam umgekommene Frauen gezählt.

Claudia Samayoa, Mitglied der Schutzeinheit für MenschenrechtsaktivistInnen, versichert derweil, dass es sich bei den Einbrüchen in das *Sector*-Büro um eine Geheimdienstoperation handelt, die nicht nur hinter Information her ist, sondern in erster Linie die Organisation in Angst versetzen will. Nach Meinung von Samayoa erinnert die Art des Angriffs auf Organisationen der Zivilgesellschaft an die Vergangenheit und ist ein Beweis für den Niedergang der Regierungsfähigkeit des Landes. „Wir befinden uns in einem Moment des Zusammenbruchs. Wenn wir diese Welle des Irrsinns nicht aufhalten, kann es ganz schön übel ausgehen.“

## Erneuter Dialogversuch zwischen LehrerInnen und Regierung

**Guatemala, 03. Juni.** Etwa zeitgleich zum Nationalen Dialog, ist auch der Dialog zwischen LehrerInnen und Regierung wieder aufgenommen worden, der nach der langwierigen und heissen Parlamentarischen Anfrage an Bildungsministerin María del Carmen Aceña Ende Februar erst einmal auf Eis gelegt worden war. Wieder ist es Kardinal Rodolfo Quezada Toruño, der sich als Vermittler übt. Präsident Berger wohnte dem ersten neuen Treffen ganze 45 Minuten bei, für ihn hält mal wieder Vize Stein die Stellung in dem erhofften Einigungsprozess.

Auf der abgestimmten Agenda stehen die Weiterbildung der LehrerInnen auf universitärem Niveau, die Ausweitung der Bildungsabdeckung im Land und die Erarbeitung einer Gehaltspolitik. Resultat dieses Zusammentreffens war zumindest die beiderseitige Bereitschaft, das jeweilige Forderungspaket enger zu schnüren, die Regierung streicht demnach acht von zwölf Punkten, der Lehrkörper kürzt seine 18 auf 6.

Daneben steht noch aus, die Situation des LehrerInnenführers Joviel Ace-

vedo zu klären, dem mit fristloser Kündigung gedroht worden war, hatte er doch aufgrund seiner Gewerkschaftstätigkeiten und somit Zeitgründen auf eigene Faust einen Ersatzmann für seine Lehrerstelle gesucht und diesen für sich und wenig Geld angestellt.

Auch wenn das Thema Bildung schon seit langem auf dem Tapet ist, enthüllt das Bildungsministerium nur Schritt für Schritt seine Pläne, die allesamt in Richtung Privatisierung gehen. Vor wenigen Wochen verkündete es nun einen Reformprozess der „Normalschulen“, jener Ausbildungsstätten, die die LehrerInnen für die staatlichen Primarschulen vorbereiten und eine historische Bedeutung in Sachen guatemalteckische Bildung geniessen. Entsprechend gingen wieder einmal LehrerInnen und Studierende auf die Strasse, um ihrem Unmut Ausdruck über die angekündigten Kürzungen zu verleihen.

Nun artikulierten sich auch die religiösen Erziehungsstätten, allen voran die *Nationale Vereinigung der Katholischen Schulen* (ANACC) und die *Bildungskommission der Konföderation*

*der Gläubigen von Guatemala* (CONFREGUA) und weisen darauf hin, dass der Vorschlag auf einer unternehmerischen Sichtweise beruhe, der gegen den Geist und die Mystik der Lehrkarriere gewendet sei, die sich durch ihren Humanismus auszeichne. Das ministeriale Vorhaben verurteile sie derweil zu ihrem Verschwinden in kurzer Zeit und beinhalte zudem Modifikationen der „Normalschulen“ ohne pädagogische Grundlagen. Vielmehr sei sie orientiert an Verwaltungstechnischen, juristischen und technischen Kriterien, die internationalen und transnationalen Interessen entsprächen.

Während Ministerin Aceña lamentiert, dass ihrem Ressort zur Erfüllung der von der Nationalen LehrerInnenversammlung (ANM) aufgestellten Forderungen schlicht und einfach die Gelder fehlen, kündigte Joviel Acevedo an, dass sie von ihren Anträgen auf die Erhöhung der Quoten für Material für SchülerInnen und LehrerInnen nicht zurücktreten. „Der Staat hat genug Geld, und wenn es ihm nicht ausreicht, muss er halt sehen, woher er es nimmt“, so Acevedo.

## Auf ein Neues: CICIACS-Vorschlag bei der UNO eingereicht

**Guatemala, 01. Juni.** Ende Mai überreichte Vizepräsident Stein dem UNO-Generalsekretär Kofi Annan den korrigierten Text zur Einsetzung der *Untersuchungskommission Illegaler Körperschaften und Klandestiner Sicherheitsapparate* (CICIACS). (¡Fijáte! 353)

Eines der mit Annan diskutierten Aspekte war die Frage des uneingeschränkten Privilegs des diplomatischen Schutzes für die Mitglieder der CICIACS, war doch in der ersten Initiative, die noch von der vorhergehenden Regierungsadministration verhandelt worden war, festgehalten, dass die Immunität des Kommissionärs/ der Kommissionärin, den internationalen Delegierten und dem nationalen Personal der Kommission jegliche rechtliche Aktion umfasse, auch nach Ende der Mission. Doch aktueller Stand der Dinge ist, mit den Worten des Präsidialen Menschenrechtsbeauftragten Frank LaRue, der sich für die Endredaktion verantwortlich zeichnet und Stein begleitet, dass die diplomatische Immunität „endet, wenn die CICIACS endet“.

Annan sagte derweil zu, dass es noch im Juni eine Antwort hinsichtlich der UNO-Beteiligung geben wird, nachdem die sachdienlichen Konsultationen

der Rechtsabteilung und anderen Instanzen des Generalsekretariats realisiert worden seien.

Der neue Vorschlag korrigiert zudem das Vorhaben hinsichtlich der bislang umstrittenen Reichweite der Kommission und besagt, dass diese jegliche Ermittlung wie eine Bank, eine Versicherung oder Anwaltskanzlei durchführen und schliesslich bei der Staatsanwaltschaft Klage in Fällen einreichen kann, in denen es Indizien für Aktivitäten des Organisierten Verbrechens gibt. Und wenn die Staatsanwaltschaft es dann für angebracht hält und den Prozess aufnimmt, kann die CICIACS als Nebenklägerin, aber nicht als Klägerin selbst auftreten. Dies war einer der zwei Vorschläge, die bereits im Vorfeld mit der UNO-Sekretärin für politische Angelegenheiten diskutiert wurden. Der andere sah vor, dass die Kommission ausgewählte Fälle untersucht, die VerteidigerInnen der Menschenrechte beeinträchtigen.

Nach Angaben der Regierung geniesst der eingereichte Vorschlag den Segen der Zivilgesellschaft, die laut Vize Stein „konsultiert“ worden sei. Derweil stellen die im CICIACS-Prozess aktiven Menschenrechtsorganisationen klar, dass die Exekutive lediglich eine schrift-

liche Meinungsäusserung erfragte, was noch lange keine „Konsultation“ sei. Ausserdem wurden sie nicht informiert, was mit ihren eingereichten Beiträgen von Seiten der Regierung gemacht würde. Vielmehr warte man immer noch auf eine Präsentation des offiziellen Vorschlags, der der UNO überreicht wurde, um zu diesem Stellung nehmen zu können. Der Entwurf stelle indes eher den staatlichen Versuch dar, um die Gunst der internationalen Gemeinde zu buhlen, als das faktische Interesse, die Kommission in absehbarer Zeit zum Leben zu erwecken.

Nach Ansicht der Menschenrechtsorganisationen sowie dem Menschenrechtsprokurat (PDH) sei es das Beste, auf den Originaltext der CICIACS zurückzugreifen, um wesentliche Aspekte des Vorhabens zu bewahren. Darunter, dass die Kommission über die Kompetenz verfüge, tatsächlich gegen illegale Körperschaften und Klandestine Sicherheitsapparate zu ermitteln und Prozess zu führen. Daneben müssten die Befugnisse generell klar definiert werden, sowohl was die Ermittlungsaufga-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

ben, das Einreichen von Klagen und schliesslich die Rolle als Nebenklägerin angeht, damit von vornherein Einwände verhindert werden.

Eine weitere Kritik weist auf die Uneindeutigkeit hin, dass die Bezeichnungen „illegale Gruppen“ und „Klandestine Sicherheitsapparate“ synonym verwendet werden. Ausserdem sollte klarer aus dem Vorhaben hervorgehen, dass die geplante Instanz das Ziel verfolgt, jene Strukturen zu zerschlagen, die die Straflosigkeit verfechten und nicht nur die Angriffe auf MenschenrechtsaktivistInnen einzudämmen, wie es der neue Vorschlag vorsieht.

Doch auch im Kongress wird vor-

nehmlich Kritik an der „neuen CICIACS“ laut. So stimmen Waldemar Barillas, Präsident der Regierungskommission, der Unionista-Abgeordnete Pablo Duarte und Otto Pérez Molina, bereits angekündigter Präsidentschaftskandidat der *Patriotischen Partei* (PP), darin überein, dass das offizielle Projekt Anstrengungen verdoppele, würde doch das – immer noch nicht endverfasste - Gesetz gegen das Organisierte Verbrechen just die bestehende Lücke füllen und zudem würde durch die CICIACS die Staatsanwaltschaft geschwächt. Allein Nineth Montenegro vom *Encuentro por Guatemala* glaubt an einen positiven Nutzen der Kommission für das Land und nur die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) hat bislang angekündigt, der Regierungspartei *Grosse Nationale*

*Allianz* (GANA) bei der Billigung beizustehen.

Doch die Exekutive wird wohl keine Zeit verlieren und den Vorschlag gleich vom Verfassungsgericht und Obersten Gerichtshof prüfen lassen, die Beobachtungen der Zivilgesellschaft und VerfassungsrechtlerInnen einbauen und dann erst dem Kongress vorlegen. Plan B stellt indes eine jämmerliche Alternative zur CICIACS dar. Die Regierung schlägt dabei vor, dass das *Nationale Generalprokurat* (PGN) die Staatsanwaltschaft in den Fällen unterstützt, in denen die allgemeine Regierungsstruktur von „anormalen Bewegungen“ betroffen ist und bei denen über den Verwaltungsweg aufgedeckt werden kann, dass das Organisierte Verbrechen seine Finger im Spiel hat.

## “Optimismus Leute! Der nächste Regen kommt bestimmt!”

**Guatemala, 03. Juni.** Ein Zusammenschnitt von Aussagen, die in den letzten zwei Wochen zu hören waren und sich alle auf die aktuelle „nicht abgeschlossene Post-*Stan*/bereits begonnene Regenzeit“ beziehen, beeindrucken angesichts der eigentlich zu erwartenden „gelernten Lektionen“ im Zusammenhang mit den Vorhersagen. Die *Nationale Koordinationsstelle zur Katastrophenverminderung* (CONRED) verkündete bereits, dass weder Gelder noch Maschinerie zur Verfügung stünden, um die ersten Anträge auf Eindämmung einiger ansteigender Flüsse ausführen zu können. Auch Infrastrukturminister Eduardo Castillo legt die Karten offen: „Wir sind wirtschaftlich nicht vorbereitet, irgendeinem Notfall in diesem Jahr zu begegnen.“

Bereits nach den ersten Regengüssen, die in kurzer Zeit die *Panamericana* Richtung Westen und zahlreiche Strassen in den Departements Quetzaltenango, Escuintla, Baja und Alta Verapaz unbefahrbar machten, rief CONRED gleich im ganzen Land die gelbe Alarmstufe, in einigen Regionen gar die orangene aus. Für tausende von Familien stellt diese Entscheidung jedoch bloss einen weiteren Affront von Seiten der Regierung dar, leben sie schliesslich immer noch unter Bedingungen, die der roten, also der höchsten Alarmstufe gleichkommt.

Von den *Stan*-Wiederaufbaumasnahmen sind bislang – acht Monate nach der Katastrophe – 30% realisiert. Und selbst ein Teil davon ist schon wieder kaputt und hat dem er-

sten Regen nicht standgehalten. (¡Fijáte! 360) Diagnostiziert wurden neben den „noch-betroffenen“ Regionen 120 Punkte im ganzen Land, die „empfindlich“ für Erdbeben, Einsturz und Lawinen sind, 28 Brücken, die unter Beobachtung stehen, 17 wichtige Verkehrsadern in der Hauptstadt, die Gefahr laufen überschwemmt zu werden und 88 Ansiedlungen im Stadtgebiet, die gefährdet sind. Auf dem Land ist die Rede von mindestens 390'000 BewohnerInnen von 115 Gemeinden, zu denen rund 65'000 Wohnhäuser gehören – der Gefahr schutzlos ausgesetzt.

Von MeteorologInnen wurde unterdessen angekündigt, dass in diesem Jahr rund 17 tropische Stürme zu erwarten sind – dem Durchschnitt der letzten Jahre entsprechend – von denen sich zwischen 3 und 5 in Hurrikane wie *Stan* verwandeln können. Verstärkenden Einfluss darauf kann das klimatische Phänomen Niña üben. „Das Land ist sehr verletzlich. Das Risiko ist gestiegen, vor allem in der Küstenebene und im Hochland, wo bereits jetzt mehr als normal viel Regen fällt“, so der Direktor des meteorologischen Instituts INSIVUMEH. „Die Böden fangen jetzt bereits an sich mit Feuchtigkeit zu sättigen und die Wahrscheinlichkeit von Erdbeben ist sehr hoch. Doch die eigentlich kritische Phase wird Ende August sein, wenn die Zyklone dominieren.“

Als vermeintliche Präventionsmassnahme kündigte Präsident Oscar Berger an, kurzerhand diverse Hänge und Berge in die Luft zu sprengen bzw. platt zu walzen. Ausführende dieser

Aufgabe sollen das Infrastrukturministerium, das Präsidiale Exekutivkoordinationssekretariat und das Ingenieurskorps der Armee sein.

Auch in seinen Aussagen ist der Präsident nicht zimperlich, ist er doch der Ansicht, dass die von *Stan* Betroffenen „PessimistInnen“ seien. Bei einem Besuch in San Marcos und Sololá, denen der Hurrikan am stärksten zugesetzt hatte, musste sich Berger zahlreiche Kritik anhören, auf die seine Antwort kläglich wirkte. Er gestand Verzögerungen im Wiederaufbau ein, doch diese sei durch „die Transparenz bedingt, mit der die Arbeiten ausgeführt“ würden. Und nichtsdestotrotz herrsche innerhalb der Regierung Optimismus. Gemäss Berichten der Nachrichtenagentur Cerigua habe Berger die Bürgermeister mit Rufen unterbrochen, die die tatsächliche Situation in der Region schilderten und darauf hinwiesen, dass an manchen Orten noch nicht einmal eine Schadensbestandsaufnahme durchgeführt worden ist.

In Panabaj, der Gemeinde in Sololá, die komplett unter Schlamm begraben wurde, hat CONRED bereits mindestens 600 Personen evakuiert, haben sich doch Risikovorhersagen für den Ort bestätigt sind nämlich bereits Wassermassen von den Bergen heruntergekommen und haben die Zufahrtswege gesperrt. Auch verwundert nach den kritischen Aussagen der BewohnerInnen wenig, dass im nahe gelegenen Dorf Tzanchaj die temporären Einfamilienherbergen durch den Regen schon beschädigt sind.